

Ein neuer Streik droht

**LUFTHANSA** sda. Der Rekordstreik bei der Lufthansa ging gestern zu Ende – und schon droht die Flugbegleiter-Gewerkschaft (UFO) mit neuen Streiks. Das Lufthansa-Management müsse ein deutliches Zeichen für eine neue Führungskultur setzen, verlangte UFO-Chef Nicoley Baublies gestern bei der Kundgebung vor der Frankfurter Konzernzentrale. «Wenn sich nichts ändert, sind jederzeit Streiks wieder möglich», sagte er unter dem Jubel der Menge. Baublies kritisierte den Führungsstil von Lufthansa-Chef Carsten Spohr.

Harte Konkurrenz

In dem Konflikt geht es unter anderem um die Betriebs- und Übergangsrenten für die Flugbegleiter. Da die Konkurrenz durch Billig-Airlines in der Branche härter wird, setzt die Lufthansa aufs Sparen. Konzernchef Spohr will mit dem Ausbau des Lufthansa-Billigflugangebots unter der Marke Eurowings die Kosten um bis zu 40 Prozent drücken.

Zudem will er bei der Frührentenregelung oder Altersvorsorge mehrerer Berufsgruppen sparen und hat damit Piloten, Flugbegleiter und das Bodenpersonal gegen sich aufgebracht. Finanzchefin Simone Menne führte gestern aus, dass die zuletzt gestiegenen Gewinne des Konzerns allein auf die günstige Entwicklung des Ölpreises zurückzuführen seien, nicht auf Einsparungen beim Personal.

Nach Ansicht des Lufthansa-Managers Karl Ulrich Garnadt ist eine Lösung in dem Konflikt ohne Vermittlung durch Dritte nicht machbar. «Ohne Mediator werden wir es nicht schaffen», sagte Garnadt gestern auf der Jahrestagung des Luftfahrt-Presse-Clubs in Köln.

Längster Streik

Der Streik begann am Freitag letzter Woche und dauerte insgesamt sieben Arbeitstage. Einzig am Sonntag gab es eine Pause. Es ist damit der längste und heftigste Streik in der Geschichte der Lufthansa. Die Konzerntöchter, darunter die Swiss, wurden nicht bestreikt.

Die Lufthansa musste insgesamt 4700 Flüge streichen, auf denen mehr als 550 000 Passagiere einen Sitz gebucht hatten. Gestern, am letzten Streiktag, fielen laut Lufthansa erneut 941 Flüge aus. Ihre Geschäftsziele sieht die Fluggesellschaft wegen des Streiks nicht in Gefahr.

Halbzeit im Bankenprogramm

**STEUERSTREIT** 51 Schweizer Finanzinstitute haben sich nun mit dem amerikanischen Justizministerium aussergerichtlich geeinigt. Zeit für eine Zwischenbilanz.

RENZO RUF, WASHINGTON  
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Die BSI machte den Anfang. Ende März 2015 einigte sich die Tessiner Privatbank – die sich nun im Besitz des brasilianischen Finanzkonzerns Banco BTG Pactual befindet – als erstes Schweizer Finanzinstitut der so genannten Gruppe 2 mit dem amerikanischen Justizministerium (DOJ) auf einen aussergerichtlichen Vergleich. In dem sieben Seiten zählenden Papier gab die BSI zu, amerikanischen Steuerzahlern bei der Hintergehung des US-Fiskus geholfen zu haben. Für diese Missetaten wurde eine Busse von 211 Millionen Dollar fällig.

Weniger als befürchtet

Seither sind mehr als sieben Monate vergangen. Und 50 weitere Schweizer Banken haben einen Schlussstrich unter den Steuerstreit zwischen der Schweiz und den USA gezogen – rund die Hälfte aller Finanzinstitute, die sich bis Ende 2013 beim Justizministerium gemeldet hatte. Die Zwischenbilanz des Bankenprogramms ist recht eindrücklich: 426,1 Millionen Dollar haben die 51 Schweizer Banken dem amerikanischen Staat an Bussgeldern überwiesen. Diese Zahl ist allerdings weit kleiner, als Kenner des Bankenplatzes Schweiz vorausgesagt hatten. Gemäss einer Überschlagsrechnung beläuft sich die Busse auf 3,43 Prozent der verwalteten Kundengelder amerikanischer Steuerzahler. Anfänglich war mit Bussen in der Höhe von 20 oder 30 Prozent gerechnet worden. Nun stellt sich heraus, dass bisher bloss zwei Institute im zweistelligen Prozentbereich zur Kasse gebeten wurden: Die kleine Tessiner Banca Credinvest musste eine Busse von 3,022 Millionen Dollar bezahlen, was 12,59 Prozent der verwalteten Kundengelder entsprach. Und die eidgenössische Niederlassung der britischen Standard Chartered Bank musste gar 19,15 Prozent der verwalteten Kundengelder an den US-Staat abliefern (die Busse beläuft sich auf 6,337 Millionen Dollar). Allerdings sind diese Berechnungen mit Vorsicht zu geniessen. Das Justizministerium weigert



Die Migros-Bank gehört zu jenen Finanzinstituten, die sich mit der US-Justiz geeinigt haben. Das Bild zeigt eine Person, die an einem Geldautomaten Geld bezieht.  
Keystone/Gaetan Bally

sich nämlich, die Zahl der Schwarzgeldkonten zu verraten. Bekannt ist deshalb nur, dass die 51 geständigen Banken 13 281 (deklarierte und undeklarierte) Konten führten, die amerikanischen Steuerzahlern gehörten. Verwaltet wurden Gelder in der Höhe von 12,4 Milliarden Dollar. Zum Vergleich: Die Credit Suisse musste im vergangenen Jahr dem Justizministerium eine Busse von 1,8 Milliarden Dollar überweisen, weil sie 22 000 (deklarierte und undeklarierte) Konten von Amerikanern führte, auf denen sich rund 10 Milliarden Dollar befanden.

Erst wenige Schwergewichte

Auffallend ist, dass sich unter den ersten 51 Banken, die einen Vergleich abschlossen, erst einige Schwergewichte befinden: die Migros-Bank oder die Kantonalbanken von Luzern, St. Gallen und Bern. Dies deutet darauf hin, dass das notorisch überlastete Justizministerium in einem ersten Schritt einfach gelagerte Fälle abarbeitet – und die Bussen deshalb nun tendenziell steigen werden. Ein Blick auf die Liste der abgeschlossenen Vergleiche stützt diese Hypothese. Die

letzten zehn Banken, die mit dem Justizministerium handelseinig wurden, bezahlten unter dem Strich eine Busse von 71,6 Millionen Dollar. Das ist, wenn man den Sonderfall BSI weglässt, deutlich mehr als der Durchschnitt.

Klar scheint auch, dass nicht sämtliche Banken der Gruppe 2 bis Ende Jahr einen Vergleich in der Tasche haben werden. Anzunehmen ist, dass es noch fünf bis sechs Monate dauern wird, bis der hiesige Finanzplatz dieses Kapitel des Steuerstreits abschliessen kann. Mario Tuor, Sprecher des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen in Bern, sagt: «Der wesentliche Teil der Vergleiche sollte abgeschlossen werden können.» Wichtiger als vorschnelle Abschlüsse um jeden Preis seien aber sorgfältig abgehandelte Vergleiche, in denen die Banken «fair und gleich» behandelt würden, so Tuor.

Ausstehend sind zudem auch noch die Ergebnisse der Strafuntersuchungen gegen die meisten Institute der so genannten Gruppe 1. In dieser Kategorie befinden sich unter anderem Julius Bär, die Zürcher und die Basler Kantonalbank, die Schweizer Niederlassung der HSBC und die Genfer Privatbank Pictet.

426,1  
MIO. DOLLAR

haben 51 Schweizer Banken bisher dem amerikanischen Staat an Bussgeldern überwiesen.

13 281  
KONTEN

von amerikanischen Kunden führten diese 51 Schweizer Banken.

12,4  
MRD. DOLLAR

verwalteten diese 51 Schweizer Banken für US-Kunden.

Die Steuermoral von Corporate America

Noch nie in den letzten fünf Jahren waren die Quartalsberichte so schlecht wie in diesen Wochen an der Wall Street. Aus Corporate America erreichen uns Warnsignale. Wer hingehört hat, hat das Rumpeln und Ächzen schon lange vernommen. Deshalb erstaunt es mich immer wieder von Neuem, wie viele Mittel in US-Aktien angelegt werden.

**Wer in der Schweiz lebt** und vom beliebten Franken als Referenzwährung ausgeht, muss sich zweimal überlegen, ob er seine Ersparnisse in den USA anlegen will. Offensichtlich tun das immer mehr Investoren. Wenn die USA und deren Währung so beliebt wären, dann müsste der Staat für seine zehnjährigen Anleihen nicht den doppelten Zinssatz wie Frankreich oder Italien bezahlen.

**Strukturell betrachtet** sind die USA ein hoch verschuldetes Land mit einem grossen Handelsbilanzdefizit. Die Kreditausfallrisikoprämien signalisieren nicht nur im Energiesektor eine düstere Zukunft.

**Gewiss erkennen** auch die Optimisten, dass die Gewinndynamik von US-Unternehmen nachlässt. Bei ihnen ist euphemistisch von einer «Gewinnrezession» die Rede, dabei sind die Dividendenrenditen mittlerweile erbärm-

lich. Der hohe Dollar tut noch seinen Rest dazu. In den USA liegen die Manufakturen am Boden, von einer industriellen Basis wie in Europa träumen höchstens noch die Gewerkschaften. Es rächt sich, dass die grösste Wirtschaftsnation nicht über ein Bildungswesen mit Berufslehre verfügt. Stattdessen sind immer mehr junge Menschen arbeits- und beschäftigungslos,

AUSSICHTEN

weil der Besuch von Schulen, auch von staatlichen Colleges, zu einem Luxusgut geworden ist. Berufs- und Weiterbildung kostet, und das hat in der amerikanischen Ausrichtung, in der selbst jeder Dienstleistungsbetrieb nach einfachen Handbüchern einer Fliessbandlogik zu folgen hat, keinen Platz.

**Viele Unternehmen** gehen jedoch noch weiter. Sie, die lange als Lieblinge an der Börse gegolten haben, von Amazon über Starbucks, von Google bis hin zu Facebook, sind zwar grandiose Verkäufer einer Idee, aber ebenso häufig rücksichtslose Steueroptimierer. Das ist schöngeredet. Es sind schlechte Steuerzahler, und es sind miserable Unternehmen, was die gesellschaftliche Steuermoral betrifft. Facebook hat in Grossbritannien im

vergangenen Jahr nur 4300 Pfund (rund 6550 Franken) Steuern bezahlt. Die Angestellten wurden durchschnittlich mit 208 000 Pfund (rund 318 000 Franken) vergütet – allein die Bonussumme für die 362 Mitarbeitenden betrug 35 Millionen Pfund –, und weltweit konnte ein Gewinn von 2,9 Milliarden Dollar ausgewiesen werden. Obwohl Grossbritannien ein Erfolgsmarkt für Facebook ist, schrieb es dort einen Länderverlust.

**Die Gewinne lässt man** in Steueroasen in Irland und in den Niederlanden entstehen: «Double Irish mit einem Dutch Sandwich» heisst die Strategie zur Steuervermeidung. Amerikanische Konzerne tricksen seit Jahren in grösstem Ausmass. Allein im Jahr 2012 haben die US-Konzerne zwischen 500 und 700 Milliarden Dollar an Gewinnen in andere Staaten transferiert, um wenig bis keine Steuern zu bezahlen.

**Die Gewinne werden auch nicht** in die USA transferiert, denn dort müssten sie versteuert werden.



Google und Apple, die inzwischen mehrere Milliarden Steuern jährlich vermeiden, indem sie die Gewinne in europäischen Steueroasen liegen lassen, nehmen in den USA lieber Kredite auf, um Dividenden zu bezahlen, als Steuern auf Gewinnen.

**Es ist an der Zeit**, dieses Gebaren zu beenden. Ich bin gespannt, ob sich die Staats- und Regierungschefs der G20-Länder in diesen Tagen in der Türkei dazu durchringen können. Denn der amerikanische Kongress zögert. Zwar findet er jeden Weg, das Nichtbezahlen von US-Steuern durch US-Bürger in höchstem Masse zu kriminalisieren, aber an der schlechten Steuermoral ausserhalb des Landes stören sich Republikaner und Demokraten kaum. Gewiss werden sich aber ein paar Anleger in diesen Tagen noch mehr Sorgen machen, wie es mit den Aktien weitergehen wird, wenn der-einst die amerikanischen Unternehmen ihre Gewinne auch tatsächlich versteuern.

Maurice Pederghana (50) ist Professor für Banking und Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ).